

Ammann Group streicht 130 Jobs

Langenthal Der Baumaschinenhersteller Ammann streicht am Hauptsitz in Langenthal bis Mitte nächsten Jahres 130 Stellen. Schuld sind die hohen Kosten der Komponentenherstellung. Am Standort Langenthal beschäftigt Ammann rund 420 der weltweit 3700 Angestellten. Hier werden unter anderem Komponenten für Asphalt- und Betonmischanlagen produziert. Weil die Nachfrage aus Europa nach solchen Anlagen seit Jahren sinkt, sind auch die Preise für die Komponenten unter Druck geraten.

Auf der Kostenseite konnte das Unternehmen nicht genug Gegensteuer geben, zumal sich der Franken zum Euro seit Jahren aufwertet. Über 14 Millionen Franken investierte Ammann in den letzten vier Jahren in Kostensenkungen – ohne Erfolg. Die Komponentenherstellung in Langenthal blieb defizitär.

Verlagerung ins Ausland

Der Grossteil der Produktion wird an bestehende Standorte in Europa verlagert, wo die Kosten tiefer sind. Dabei handelt es sich um die Produktionsstätten im deutschen Alfeld und im italienischen Busolengo. Gemäss Mitteilung von gestern soll der Standort Langenthal aber erhalten bleiben. Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung würden die Entwicklung und die Anlagensteuerung künftig an Bedeutung gewinnen, heisst es. Auch die Fertigung besonders sicherheitsrelevanter und anspruchsvoller Komponenten soll in Langenthal bleiben.

Erst 2016 hatte Ammann am Hauptsitz die Entwicklung, Fertigung und Montage von Asphaltfertigermaschinen geschlossen. Dem Abbau fielen damals mehr als 30 Jobs zum Opfer. Als Nächstes steht das Konsultationsverfahren mit den Gewerkschaften an. «Wir wollen für die betroffenen Angestellten einen guten Sozialplan, der insbesondere Härtefälle auffängt und durch Aus- und Weiterbildungsmassnahmen die Arbeitsmarktfähigkeit stärkt», wird CEO Christian Schneider in der Mitteilung zitiert.

Die Gewerkschaft Unia forderte Ammann dazu auf, keine Angestellten in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Die Firma habe eine besondere Verantwortung für den Arbeitsplatz Schweiz und seine Mitarbeitenden zu tragen, weil sie sich im Besitz der Familie von Bundesrat Johann Schneider-Ammann befinde. (sda)

Geflüster im Hinterhof deutscher Autokonzerne

Artemis-Gruppe Der Industrielle Michael Pieper sieht die Erfahrungen aus dem VW-Skandal nicht nur negativ. Er glaubt an eine Normalisierung der Gesprächskultur unter Herstellern und Zulieferern.

Daniel Zulauf
daniel.zulauf@luzernerzeitung.ch

«Wir können wieder normal miteinander reden», sagt der Industrielle Michael Pieper auf die Frage, was sich ein Jahr nach der Diesellaffäre für seine Feintool-Gruppe und die anderen Autozulieferfirmen in seinem breitgefächerten Beteiligungsportfolio verändert habe. Der Skandal um manipulierte Abgaswerte ist inzwischen längst über Wolfsburg hinausgewachsen und hat grosse Teile der internationalen Automobilindustrie erfasst. Geschadet hat er den Schweizer Lieferanten aber offenbar kaum – mindestens nicht sichtbar.

Feintool, eine Firma mit etwa 2300 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 552 Millionen Franken, die zu mehr als 50 Prozent zu Piepers Artemis Group gehört, hat für 2016 das beste Ergebnis in der Firmengeschichte ausgewiesen. Auch die kleinere Adval Tech ist nach einer Restrukturierungsphase wieder im Aufwind. Die Aktie hat seit Anfang 2016 um 83 Prozent zugelegt, was Grossaktionär Pieper (über 20 Prozent) mit der «konsequenten Fortführung der Fokussierungsstrategie» sowie mit dem Verkauf eines Geschäftssegments erklärt. Autoneum (Pieper-Anteil über 20 Prozent), die früher ein Teil des Rieter-Konzerns (Pieper-Anteil über 11,5 Prozent) war, glänzte 2016 mit einer Gewinnverdoppelung, die den Aktienkurs um 38 Prozent steigen liess.

Fokus auf einen einzigen Lieferanten

Die guten Geschäfte der Artemis-Gruppe in der Automobilindustrie sind mit Blick auf das turbulente Vorjahr alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Zumal auch Pieper einräumt, dass die VW-Affäre für einige «Ernüchterung» in der Branche gesorgt habe. Die Ernüchterung unter den Zulieferbetrieben kommt für Anja Schulze, Professorin am Institut für Betriebswirtschaftslehre der Universität Zürich und Leiterin des Swiss Center for Automotive Research (Swiss CAR), nicht von ungefähr. «Die Gesprächs-



Einblick in die Produktion von Feintool.

Bild: Gaetan Bally/Keystone (Lyss, 14. Januar 2016)

kultur mit den Herstellern ist harsch», weiss die Wissenschaftlerin aus eigenen Quellen in der Industrie. «Ich höre auch nichts von einer generellen Änderung der Tonalität seit der Diesellaffäre», sagt sie. Für eine Entspannung, wie sie Pieper erlebt und sich auch langfristig wünschen dürfte, sieht Schulze wenig Chancen. «Dafür haben die Hersteller schlicht zu viel Macht gegenüber ihren Lieferanten.»

In der jüngeren Vergangenheit hätten die Automobilherstel-

ler im Bestreben, ihre eigene Rentabilität zu steigern, immer eifersüchtiger auf die Gewinnausschüttung ihrer Lieferanten geschaut, schildert ein Branchenkenner die Situation. Auch seien die Hersteller bei Lieferpannen ihren Lieferanten sehr schnell mit hohen Forderungen auf die Bude gerückt. Dieses Risiko ist gestiegen, seit sich immer mehr Hersteller nur noch auf einen einzigen Zulieferer und diese wiederum nur noch auf einen einzelnen Unterlieferanten pro Bereich

(Single-Source-Strategie) festgelegt haben. Wer glaubte, dass der letztjährige Lieferantenstreik im Nachgang zum VW-Skandal daran etwas hätte ändern können, sieht sich getäuscht. Ein Lieferproblem des Bosch-Konzerns, das aktuell mehrere BMW-Fabriken stillstehen lässt, hat ebenfalls die Single-Source-Strategie zur Ursache. Damit kommt einmal mehr das Haftungsproblem ans Licht, das in der Automobilindustrie in der Tat chronischen Charakter zu haben scheint.

Franke investiert im Ausland

Küchen Die Franke-Gruppe ist das Kernstück von Michael Piepers Artemis Holding. Die im aargauischen Aarburg beheimatete Gesellschaft erwirtschaftete 2016 mit Spültischen, Küchensystemen für die Grossgastronomie sowie mit Kaffeeautomaten und Armaturen einen Umsatz von über 2 Milliarden Franken. Das sind 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Besonders schnell expandiert die Firma im Geschäft mit der Herstellung und Planung von Industrieküchen (Foodservice Systems) sowie bei den zum grossen Teil in der Schweiz gefertigten Kaffeeautomaten.

Neues Werk in der Slowakei

Die 8500 Mitarbeiter haben das Geschäftsergebnis zwar um 40 Prozent gesteigert, doch damit ist Pieper noch nicht zufrieden. Franke müsse in puncto Rentabilität wieder dorthin zurückkommen, wo sie schon vor zehn Jahren, vor Beginn der Finanzkrise, gestanden hatte. Das bedeutet eine Verbesserung der Betriebsgewinnmarge von derzeit rund 7 Prozent auf 12 Prozent und mehr. Um die angestrebte Verbesserung der Produktivität zu erreichen, wird allerdings auch kräftig investiert.

In der Slowakei baut Franke für 40 Millionen Franken ein neues Produktionswerk, das gleich drei Fabriken in Schottland, den Niederlanden und in der Slowakei selbst überflüssig machen soll. In Bad Säckingen an der Schweizer Grenze entsteht für 25 Millionen Euro ein europäisches Zentrallager, das die Auflösung von 15 Regionallagern möglich macht.

Überall, wo Pieper seine Hände im Spiel hat, ist Produktivitätssteigerung ein Schlüsselthema. Das weiss man auch bei AFG in Arbon, wo die Auslagerung der Fensterproduktion von der Schweiz nach Deutschland schon fast abgeschlossen ist. (dz)

Schweizer Firmen vermehrt im Visier von Hackern

Internet Die Fälle von Cyberangriffen auf Schweizer Unternehmen haben die letzten zwölf Monate um ein Drittel zugenommen. Die meisten Firmen seien ungenügend vorbereitet, so das Fazit des Beratungsunternehmens KPMG.

Der öffentliche Aufschrei wegen der Erpressersoftware Wanna-Cry habe wohl damit zu tun, dass erstmals Menschenleben betroffen waren, sagte gestern Matthias Bossardt, Leiter Cybersecurity von KPMG, vor den Medien in Zürich. Dabei habe es schon viel grössere Cyberangriffe gegeben.

Aus seiner Sicht war Wanna-Cry keine kritische Attacke, wenn man übliche Massnahmen wie Updates getroffen hat. Bei solchen einfachen Vorsichtsmassnahmen stünden hiesige Firmen relativ gut da. Doch das reicht nicht: Die vergangenen 12 Mona-

te registrierten 88 Prozent (Vorjahr: 54 Prozent) der Schweizer Unternehmen Cyberattacken, wie eine Umfrage von KPMG ergab. Die Umfrage bei 60 Gross- und Kleinunternehmen ist zwar nicht umfangreich. Dafür zeigt sie die Schäden auf, über die Unternehmen sonst schweigen – und sehr selten Anzeige erstatten.

Bei einer Mehrheit von 56 Prozent (Vorjahr: 44) der befragten Unternehmen führten die Cyberangriffe zu einem Betriebsunterbruch. Von einem Reputationsschaden berichteten 37 Prozent (Vorjahr: 24 Prozent). Finan-

zielle Verluste gaben wie im Vorjahr 36 Prozent an, wie aus der Umfrage hervorgeht.

Vertrauliche Daten verloren

Für knapp ein Drittel der Unternehmen führte der Angriff zur Offenlegung von vertraulichen, internen Informationen. Bei ebenso vielen Unternehmen wurden vertrauliche Daten von Kunden und Geschäftspartnern publik. Die meisten Cybervergehen gehen laut KPMG auf das sogenannte Phishing zurück. Dabei versucht der Angreifer an Nutzer-

daten zu kommen. Über die finanziellen Folgen von Cybercrime gibt es nur Mutmassungen. Vor zwei Jahren schätzte KPMG den volkswirtschaftlichen Schaden auf 200 Millionen Franken für 2014. Aufgrund der schlechten Datenlage will man keine Zahlen mehr nennen. Mit ein Grund: Die Schweiz kennt bis auf die Finanz- und Telekommunikationsbranche keine Meldepflicht für Cybercrime-Angriffe.

Prominente Fälle wie der Cyberraub in Bangladesch und die Datenlecks der US-Wahlen hätten dazu geführt, dass die Unterneh-

men untereinander mehr über Cybercrime redeten, beobachtet Bossardt. Doch sie setzten sich immer noch zu wenig mit Cyber Risiken auseinander, dabei seien weitere grosse Angriffe nur eine Frage der Zeit. So sind 58 Prozent der Unternehmen nicht sicher, ob die internen Cyberexperten dieselbe Sprache sprechen wie die Manager, wie die Umfrage ergab. Nicht einmal die Hälfte der Verantwortlichen bemüht sich darum, die Cyber-Sicherheitskonzepte allgemein verständlich zu machen. Schlecht sei auch die Vorbereitung auf mögliche An-

griffe, sagte Bossardt. Zwar geben 87 Prozent der Finanzfirmen an, sie hätten einen Plan, wie auf einen Angriff zu reagieren sei. Von den Firmen, die nicht von der Finanzmarktaufsicht reguliert sind, wissen aber nur 42 Prozent, wie sie reagieren würden.

Wenige Firmen sind sich laut Bossardt ihrer Cyberrisiken bewusst. Attacken geschehen über die Einzelgeräte innerhalb des Netzes, sie seien aber oft nicht Teil der Cyber-Sicherheitsstrategie. Sicherheitsabteilungen kümmern sich stattdessen um die Büroinformatik. (sda)